



II- 3698 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Zl. 36.844-PrM/74

6. September 1974

Parlamentarische Anfrage
Nr. 1762/J d. Abg. z. NR
Dr. LANNER, Dr. KOHLMAIER
u. Gen. an den Bundeskanzler
betr. Kennzeichnung v.
Inseraten, Broschüren und
sonstigen Schriften der
Bundesregierung.

1740 / A.B.
zu 1762 / J
Präs. am 9. Sep. 1974

An den
Präsidenten des Nationalrates
Herrn Anton BENYA
lolo W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Lanner, Dr. Kohlmaier und Genossen haben am 9. Juli 1974 unter der Nr. 1762/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Kennzeichnung von Inseraten, Broschüren und sonstigen Schriften der Bundesregierung gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Sind Sie bereit, dieser Anregung folgend, Inserate, Werbematerial und sonstige Schriften der Bundesregierung oder einzelner Ressorts mit dem Hinweis zu versehen: "finanziert aus Steuergeldern"?
2. Wenn Sie dieser Anregung Folge leisten, ab wann soll diese Maßnahme erfolgen?
3. Wenn nein, was ist die Ursache Ihrer ablehnenden Haltung und wie ist diese mit der von Ihnen geforderten Transparenz vereinbar"?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die Bundesregierung sieht es als ihre Pflicht an, den Staatsbürger über die Regierungstätigkeit und die Gesetzesarbeit

laufend zu informieren. Diese Informationstätigkeit erfolgt nach dem Gesichtspunkt größtmöglicher Sparsamkeit und bezieht sich ausschließlich auf die Aktivität der Regierung unter Ausschluß parteipolitischer Interessen. So wurde zum Beispiel im Sinne einer einstimmig verabschiedeten Entschließung des Nationalrates im Zusammenhang mit der Strafrechtsreform eine Aufklärungsaktion über Familienberatung und Fragen der Nativitätspolitik in die Wege geleitet mit dem Ziel, den Schwangerschaftsabbruch auf ein Minimum zu reduzieren.

Die Publikationen, Inserate und sonstigen Veröffentlichungen der Bundesregierung sind jeweils als solche eindeutig ausgewiesen. Druckwerke tragen das gesetzlich vorgeschriebene Impressum; bei Inseraten und Plakaten geht aus Inhalt und Form unmißverständlich hervor, daß es sich um eine Aktion der Bundesregierung handelt. Der vorgeschlagene Hinweis "finanziert aus Steuergeldern" kann schon deswegen keine Verwendung finden, da die Budgetmittel bekanntlich nicht nur aus Steuereingängen bestehen. Im übrigen ist in der Öffentlichkeit zweifellos bekannt, daß der Bund seine Tätigkeit - und als Tätigkeit des Bundes ist die Informationsarbeit der Bundesregierung ausreichend deklariert - aus Budgetmitteln finanziert.

